

VORWORT

In Deutschland haben Sie im Wesentlichen zwei Möglichkeiten außerhalb des Fußballfeldes ins „Abseits“ zu geraten.

Im „Abseits“ stehen bei uns „automatisch“ diejenigen, die arbeitslos sind und diejenigen, die etwas Unsoziales sagen, denken oder fordern.

Arbeitslos:

Bin ich froh, dass ich nie arbeitslos werde bzw. gar nicht arbeitslos werden kann. Noch froher bin ich darüber, dass es in Deutschland derzeit nicht einen einzigen Arbeitslosen gibt!

Ein Arbeitsloser ist logischer Weise jemand, dem es an Arbeit ermanget. Arbeit ist aber nachweislich in Deutschland nach wie vor, z.B. im Umweltbereich, in der Altenpflege und in der Jugendarbeit, im Überfluss vorhanden. Was den gewissen vier Millionen fehlt, ist bei genauer Betrachtung nicht Arbeit, sondern Geld. Richtiger Weise müssten diese deshalb „Geldlose“ heißen. Die entsprechenden staatlichen Kompensationsmaßnahmen müssten dann „Geldbeschaffungsmaßnahmen“ heißen. Da aber „Geldbeschaffungsmaßnahmen“ noch unseriöser klingt als „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen“, belässt man es lieber dabei.

Kleiner Tipp für den Superminister: Schenken Sie jedem Bürger bei der Geburt oder mit Erreichen des 18. Lebensjahres einen Gewerbeschein. Der hat dann zwar noch kein Geld, aber immerhin schon mal eine „Firma“ und einen Briefbogen und damit einen vorzeigbaren Status als Unternehmer. Den Gemeinden und den Arbeitsämtern muss es egal sein, ob sie Leistungen an Bedürftige gegen Antrag oder gegen Rechnung auszahlen. Aber für den betroffenen Menschen ist es ein Riesenunterschied, ob er von der ihm gnä-

dig gewährten „Stütze“ oder von der Arbeitslosenhilfe leben muss oder von Honoraren, die er (bei den gleichen Stellen) „per Rechnung“ einfordert. Eine solche Maßnahme hätte mindestens zwei für Sie positive „Nebeneffekte“:

Zum einen würden Sie mit einer solchen Maßnahme „finanzneutral“ als der Superminister in die Geschichte eingehen, der mit einem Federstrich nachhaltig vier Millionen „Arbeitslose“ beseitigt hat.

Ein zweites, aus der Verhaltenstherapie entlehnter positiver Nebeneffekt könnte darin bestehen, dass die heutigen „Problemkinder“ lernen, dass man über das Schreiben von Rechnungen an Geld kommen kann. Haben sie das erst einmal gelernt, ist nicht auszuschließen, dass sie daran Gefallen finden und Rechnungen auch an andere Empfänger schicken. Wenn sie dann noch lernen, dass diese Rechnungen sogar bezahlt werden, wenn zuvor eine angemessene Leistung geboten wurde, haben Sie schon mehr als 80 % Ihrer Probleme gelöst!

Unsozial:

Bin ich froh, dass ich nicht unsozial bin! Warum? Ganz einfach. Ich fordere „schon immer“, dass jeder Erdenbürger monatlich eine feste Rente in Höhe von 1.000 Euro, hilfsweise 2.000 Euro erhält. Bei 2.000 Euro (netto selbstverständlich) würde ich auf meine Forderung nach weltweiter Gewährung von Beihilfe nach deutschem Beihilferecht verzichten. Mit der Umsetzung dieser „Idee“ würde auf der Welt Friede und Harmonie einkehren. Kriege wären nicht mehr notwendig. Hunger und Elend wären besiegt und es wäre die reine Freude zu leben.

Was, meinen Sie, das sei ja gar nicht finanzierbar? Kein Problem. Wir leben schon in so vielen Bereichen über unsere Verhältnisse und zu

Lasten künftiger Generationen, dann kann es auf diese schlappen 6 bzw. 12 Billionen Peanuts monatlich auch nicht mehr ankommen.

Dies vorausgeschickt komme ich nunmehr zum eigentlichen Kern meines Anliegens:

Es ist einiges faul im Staate Deutschland, dem einstigen Wirtschaftswunderland. Faul geworden ist nicht nur „der Wirtschaftsmotor“ sondern auch die dazugehörige „heilige Kuh“, die Tarifautonomie. So faul und satt sind die Tarifautonomen inzwischen geworden, dass Sie es nicht einmal mehr für notwendig erachten, bei Tarifverhandlungen Akteure aus verschiedenen Lagern einzusetzen. „Der Einfachheit halber“ sitzen inzwischen bei Tarifverhandlungen die Verdi-Vertreter auf beiden Seiten des Verhandlungstisches. Dass dabei nichts Vernünftiges mehr herauskommen kann, liegt auf der Hand. Nicht umsonst spricht Gottlob Rühle, der Direktor des Arbeitsgerichts Marburg, im „Verbandsdienst der Lebenshilfe“, Heft 3/98, Seite 7 ff, im Zusammenhang mit der Frage nach Gegnerfreiheit bei Tarifvertragsverhandlungen des öffentlichen Dienstes von Ungerechtigkeiten und Ungereimtheiten. Hier das vollständige Zitat:

„Diese Verbesserung der Arbeitsvertragskonditionen erfolgte bewusst unabhängig von der Leistung und der Leistungswilligkeit der einzelnen Mitarbeiter. Leistungsabhängige Vergütungsbestandteile waren weitgehend systemfremd.

Unausgesprochen, aber doch systemimmanent war das Bemühen beider Seiten, den tatsächlichen Umfang der Leistungsverbesserungen bei Arbeitnehmern und Beamten gegenüber der Öffentlichkeit und dem Steuerzahler soweit wie möglich zu verbergen. Im Zuge dieser Bemühungen schufen die Tarifvertragsparteien ein selbst für Kenner kaum noch übersichtliches Konglomerat von Einzel- und Zusatzleistungen, wie z.B. Dienstaltersstufen, Be-

währungsaufstiege, Zuschläge und Zulagen, Untertarifverträge, Sonderregelungen usw.

Durch diese Besonderheiten in der Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte ist der BAT nach etwa vier Jahrzehnten zu einem nur noch schwer zu handhabenden Labyrinth geworden. Nach meiner gerichtlichen Erfahrung enthält der BAT innerhalb seiner Vergütungsgruppen mehr Ungerechtigkeiten und Ungereimtheiten als jedes andere Tarifwerk in der Bundesrepublik und als das arbeitsrechtliche Gesetzeswerk.“

Bundespräsident von Weizsäcker sprach seinerzeit davon, dass die Bundesrepublik Deutschland Beute der Parteien geworden sei. Aber es ist noch viel schlimmer. Deutschland ist Beute der Tarifvertragsparteien und damit von Verdi geworden. Verdi stellt die größte Gruppe von Interessenvertretern im Deutschen Bundestag. Verdi hat die Hände im Spiel bei Rundfunk und Fernsehen, Verdi mischt mit bei der Besetzung der Richterstellen am Bundesarbeits- und Bundessozialgericht, etc, etc. Praktisch gibt es nicht einen Bereich des öffentlichen Lebens in Deutschland mehr, der nicht von Verdi, notfalls auch gnadenlos gegen die Interessen der eigenen Kunden, beeinflusst wird. Das Handeln gegen die Interessen der eigenen Mitglieder umschreibt man dann mit dem Begriff der Ordnungspolitik.

Ich habe nie behauptet, dass Verdi weltweit die größte kriminelle Vereinigung ist, die durch die Drohung mit empfindlichen Übeln jährlich neue Tarifabschlüsse erzwingt, die mangels Gegnerfreiheit der Arbeitgeberseite nicht einmal das Prädikat „wirksam“ verdienen. Dennoch ist es interessant, sich einmal anzuschauen, wen denn die Gewerkschaften in Deutschland eigentlich organisieren.

Das typische Gewerkschaftsmitglied ist ein Arbeitnehmer. Aus Sicht des Gesetzgebers, der wieder zu 50 % aus Verdi-Mitgliedern besteht,

sind Arbeitnehmer in Deutschland typischer Weise

1. dumm
2. unfähig und
3. potentiell kriminell

Dumm sind sie deswegen, weil sie es nach Meinung des Gesetzgebers, im Gegensatz zu jedem Gemüsehändler, ohne „staatliche Hilfe“ nicht schaffen, am Jahresende selbständig ihre Steuern zu zahlen. Deswegen muss ihnen geholfen und die Steuer direkt an der Quelle abgeschöpft werden. Quellensteuer nenn man so etwas.

Aus Sicht des Gesetzgebers sind Arbeitnehmer in Deutschland auch noch unfähig. Unfähig, sich selbst eine Versorgung für das Alter zu organisieren. D.h. statt dass sich der Staat ähnlich wie bei der Auto-Haftpflichtversicherung darauf beschränkt, den Abschluss zu kontrollieren, wird jeder Arbeitnehmer mit einer „gesetzlichen Rente zwangsbeglückt“, selbstredend vollkommen unabhängig von der Höhe des Einkommens und des Vermögens und unabhängig davon, ob der so entmündigte „lohnabhängig Beschäftigte“ in seiner „Freizeit“ Häuser finanziert und baut, Familien gründet und Weltmeisterschaften z.B. im Amateurtanzen organisiert. Als Arbeitnehmer hat er gefälligst unfähig zu sein. Wo kämen wir denn sonst hin? Und wo kämen/müssten denn sonst die ganzen Funktionäre bei Verbänden, Kammern, Kassen und Behörden hin, die von seiner definitionsgemäßen Hilflosigkeit profitieren?

Aber die typischen Kunden von Verdi sind aus Sicht des Gesetzgebers nicht nur dumm und unfähig, sondern auch noch potentiell kriminell. Diese Aussage werde ich anhand von vier fiktiven Gesetzesentwürfen beweisen.

1. Würde der Gesetzgeber ein Gesetz erlassen, dass von jedem Arzt, Steuerberater und Rechtsanwalt, der eine Rechnung über mehr als

3000 Euro verschickt, ein „Attest“ verlangen, aus dem hervorgeht, dass die Rechnung nicht überhöht ist, würde dies einen Sturm der Entrüstung bei den einschlägigen Verbänden auslösen, die zu Recht darauf hinweisen, dass es ja wohl nicht sein kann, dass der Gesetzgeber die Angehörigen ganzer Berufsstände zu potentiellen Kriminellen erklärt.

2. Ein Gesetzesentwurf, der vorsieht, dass nur die Ärzte, Steuerberater und Rechtsanwälte, die rechtskräftig wegen Betrugs ihrer Patienten bzw. Mandanten verurteilt wurden, diesen Nachweis erbringen müssen, würde dagegen problemlos akzeptiert werden.

3. Der dritte Gesetzentwurf sieht vor, dass nur die Arbeitnehmer, die bereits rechtskräftig wegen Betrugs ihres Arbeitgebers im Zusammenhang mit der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall verurteilt wurden, bei einer Arbeitsunfähigkeit, die länger als drei Tage dauert, ein Attest vorlegen müssen.

4. Der vierte Gesetzentwurf sieht vor, dass jeder Arbeitnehmer, dessen Arbeitsunfähigkeit länger als drei Tage dauert, ein Attest vorlegen muss, aus dem sich ergibt, dass er seinen Arbeitgeber nicht im Zusammenhang mit der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall betrügt.

Die Besonderheit des vierten Gesetzentwurfes besteht darin, dass dieser gar kein Entwurf mehr ist, sondern geltendes Recht – und kein Mensch und kein Verdi regt sich darüber auf!

Wie sehr der Gesetzgeber mit seinem Latein am Ende ist, wird auch daraus deutlich, dass er inzwischen deutlich zwischen zwei Kategorien von Ärzten unterscheidet: Den „normalen Ärzten“ und den Ärzten, die durch die Häufigkeit der von ihnen ausgestellten „Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen“ – und jetzt kommt's! – „aufällig geworden“ sind (vgl. § 275 (1a) b SGB V).

Sollten Sie bei der Lektüre der nachfolgenden drei Aufsätze gelegentlich schmunzeln oder gar laut lachen müssen, denken Sie daran, dass die DDR nicht von den Bataillonen der NATO hinweggefegt wurde, sondern von dem lauten Gelächter, das aus den Kabarettts schallte. Wie sagte doch Mark Twain: Es gibt nichts auf der Welt, was einer ausreichend großen „Lachsalve“ standhalten kann.

Es wäre doch gelacht, wenn die nachfolgenden Zeilen uns dem vom früheren Bundespräsidenten Herzog geforderten "Ruck" nicht ein Stückchen näher bringen würden.

Packen wir's an. Es gibt viel zu tun.

Viel Spaß beim Lesen.